

## „Kommt die Freiheit in Europa unter die Räder?“ 4. Liberal International Day in Berlin

Der vierte Liberal International Day fand am 07.03.2009 im Atrium der Deutschen Bank in Berlin statt und stand unter dem Motto „Kommt die Freiheit in Europa unter die Räder?“. Zu der Veranstaltung, die von annähernd 300 Teilnehmern besucht wurde, konnte mit der FDP-Spitzenkandidatin zur Europawahl, Dr. Silvana Koch-Mehrin, eine sehr sympathische Referentin gefunden werden. Hinzu kamen hervorragende Podiumsteilnehmer. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, für die Friedrich-Naumann-Stiftung der Freiheit. Dr. Zumpfort stellte die Bedeutung der Freiheitsrechte in Europa, der Freiheit als Bürgerrecht und zugleich als Kernthema der Stiftung dar, die universell, unabhängig von staatlichen Strukturen bestehe und immer verteidigt werden müsse. Nur gemeinsam werde Europa in der gegenwärtigen Finanzkrise sowie gegen die Umwelt- und Terrorgefahr erfolgreich sein können. Entscheidend sei das Recht auf Bildung, um Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sichern zu können. Abschließend plädierte Dr. Zumpfort für die strenge Einhaltung des Grundsatzes der Subsidiarität und legte damit den Finger in die Wunde der jahrelangen europapolitischen Diskussion.



*Begrüßung der Gäste: Patrick Meinhardt (l.) und Dr. Wolf-Dieter Zumpfort (r.).*

Der Präsident der Deutschen Gruppe der LI (DGLI), Patrick Meinhardt MdB, dankte der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Unterstützung bei der Realisation dieser nunmehr bereits traditionsreichen Reihe und dankte zudem Mitarbeitern und Mitgliedern des Präsidiums, die diese Veranstaltung erst möglich gemacht haben. Mirco Dragowski hob als Berliner Sektionspräsident in seinem kurzen Grußwort die vielfältigen Aktivitäten seiner Sektion hervor. Alexandra Thein, Spitzenkandidatin der Berliner FDP zur Europawahl, spitzte die Fragestellung aus dem Blickwinkel der Einschränkungen ihrer beruflichen Tätigkeit als Anwältin und Notarin zu, wobei sie insbesondere mit prägnanten Beispielen auf die Folgen der Vorratsdatenspeicherung und des Geldwäschegesetzes einging.

In ihrem Impulsreferat hob Dr. Silvana Koch-Mehrin die besondere Bedeutung der EU als Friedensmacht hervor. Ohne Frieden sei Freiheit nicht denkbar, so Koch-Mehrin. Heute sei Deutschland von Freunden umgeben, ganz im Gegensatz zur Generation ihrer Großeltern und hob insbesondere die deutsch-französische Aussöhnung nach dem 2. Weltkrieg als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Europäischen Einigung hervor. Freiheit insgesamt sei die Grundlage für den Erfolg der EU, einer einzigartigen Union in der Welt, die nicht nur einen Binnenmarkt geformt habe, sondern auch für Frieden und Rechtstaatlichkeit Maßstäbe setze. In diesem Zusammenhag forderte Dr. Silvana Koch-Mehrin eine gemeinsame europäische Außenpolitik für die über 500 Mio. Einwohner der Union. Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes müssten weiter garantiert sein. Eine gemeinsame Finanzpolitik der EU lehnte sie mangels vollständiger demokratischer Kontrolle in der EU durch das Europäische Parlament ab („no taxation without representation“). Aktuell meinte sie, wichtiger als Konjunkturprogramme der EU sei die Einhaltung des Stabilitätspaktes, also der Verschuldensobergrenzen des Euro-Raumes. Desweiteren plädierte Dr. Silvana Koch-Mehrin für eine gemeinsame Energiesicherheitspolitik der EU und verwies dabei auf Schweden und Italien, die gerade eine Debatte über die zukünftige Nutzung der Kernenergie beginnen, um beispielsweise nicht von russischen Energielieferungen abhängig zu sein.



*Dr. Silva Koch-Mehrin (l.) sowie rechts mit Prof. Norbert Walter (l.) und Patrick Meinhardt (r.).*

Ja, so Dr. Silvana Koch-Mehrin zum Veranstaltungstitel, die Freiheit in Europa komme durch bevorzogene Öko- und andere Verbraucherschutzrichtlinien unter die Räder, so beispielsweise durch die Abschaffung der traditionellen Glühbirne ab September 2009. Sie wolle keine überstarke EU-Kommission, die ständig in die Alltagsfreiheit der Bürger eingreife. Sie schloss mit der Forderung, die EU sei überfällig, eine Demokratie zu werden, wobei sich das Europäische Parlament immer mehr zu einem wirklichen Gesetzgeber mit eigenen Zuständigkeiten entwickle.



*Volles Haus und eine schöne Tradition: Der Liberal International Day im Atrium der Deutschen Bank in Berlin.*

Danach folgten sog. Impulsgedanken von Dr. Michael von Prollius, Publizist und Gründer des Forums Ordnungspolitik, der in seinen Ausführungen auf vielfältige Gefahren der Freiheit aufmerksam machte. Als Einstieg seiner Ausführungen wählte Dr. von Prollius die friedliche Revolution des Jahres 1989 in Deutschland und schlug einen Bogen zur EU-Kommission, die mit rund 80.000 Gesetzen und Verordnungen heute rund 80 Prozent der Gesetzgebung innerhalb der gesamten EU ausmache. Es gebe aber kein dieses legitimierende Unionsvolk, das – ohne Gegenentwicklung – möglicherweise einen langsamen Marsch in einen europäischen Zentralstaat befürchten lasse. Dr. von Prollius hob hervor, dass Europa immer auf Vielfalt, auf Unterschieden und maximaler Subsidiarität bestanden habe, begründet auf den Wurzeln der unterstmöglichen Ebene. Es gehe somit alles auf den einzelnen Menschen zurück und nicht auf den Staat. Die Freiheit sei die erste unerlässliche Bedingung eines demokratischen Gemeinwesens. Abschließend warnte Dr. von Pullius davor, die EU könne diesen Umstand aus den Augen verlieren. Sollte es dem Einfluss der EU auch weiterhin an demokratischer Legitimation fehlen, könnten die Bürger eines Tages von den Barrikaden schreien: „Wir sind das Volk!“ und schloss damit den argumentativen Kreis.

Die sich hieran anschließende Podiumsdiskussion wurde von Peter Ehrlich, Chefredakteur der Financial Times, moderiert. Die erste Frage ging an Prof. Norbert Walter, den Chefvolkswirt der Deutschen Bank, ob die Banken in der jüngsten Vergangenheit zuviel an Freiheiten oder zu wenig gehabt hätten. Ja, so Prof. Walter, das Problem sei in vielen Ländern gewesen, dass zu leicht zu viel Geld an zu viele Haushalte gegeben worden seien, aber zugleich fast keinerlei Haftungsregelungen auf dem internationalen Finanzmarkt bestanden hätten. Es habe ja nicht nur eine Spekulations- und Immobilien-, sondern insgesamt auch eine Konsumblase gegeben. Letztlich seien die globalen Vorgänge jedoch komplex und in ihrer Wirkung schwer einzuschätzen.

Dr. Zumpfort ergänzte in diesem Zusammenhang, dass für das internationale Finanzsystem sehr viele Regularien bestünden, nicht jedoch für das globale Weltfinanzsystem insgesamt. Hieran sei zukünftig zu arbeiten. Dr. Zumpfort wies jedoch darauf hin, dass die USA Regeln vorgegeben hätten, an die sie sich selbst nicht gehalten hätten. Dr. Zumpfort sah in der gegenwärtigen Krise nicht ein Zuviel an Freiheit, sondern ein komplettes Staatsversagen, egal auf welcher Ebene.



*Ein engagiertes Podium (v.l.n.r.): Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Prof. Norbert Walter, Peter Ehrlich, Hellmut Königshaus, Dr. Thomas Petri, Valdo Lehari.*

Hellmut Königshaus MdB wandte sich in seinem Diskussionsbeitrag gegen die aktuellen Aktivitäten der Bundesregierung in der Finanzkrise und geißelte, dass in der politischen Diskussion oftmals kein Detailwissen darüber bestehe, was Neo-Liberalismus in Wahrheit bedeute, nämlich das Gegenteil des

in der öffentlichen Diskussion gemeinte. Königshaus forderte von allen europäischen Regierungen, den Marktprinzipien treu zu bleiben und diese zu verteidigen. Unser Wohlstand hänge tatsächlich von freien Märkten ab und er warnte vor schrittweisem Verlust von Freiheiten auf jedweder Ebene. „Es geht nicht mehr um Salamischeiben, sondern irgendwann ist die ganze Wurst weg“, so der Berliner Bundestagsabgeordnete.

Valdo Lehari, Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbandes, berichtete über die Aufgaben und Probleme der Medien als der 4. Gewalt im Umgang mit Informationen. Als Selbstverständlichkeit führte Lehari aus, dass sich Politik in Zeiten der Krise an die Öffentlichkeit wende. Aktuell sehe er in der Diskussion um etwaige staatliche Rettungsaktionen bei Opel, dass „die Freiheit unter die Räder“ komme. Er kritisierte die Masse an Datenspeicherung sowie die von der EU-Kommission unternommene Lifestyle-Regulierung im Verbraucherschutzbereich, die in den Alltag der Bürger eingreife. Lehari warnte davor, dass mutlose nationale Politik „Brüssel immer mehr zum Verschiebebahnhof eigenstaatlicher Probleme“ mache. Man schimpfe vielfach über Brüssel, obwohl die Ursachen im Kreise der Mitgliedstaaten lägen.

Dr. Thomas Petri, stellvertretender Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, sah in der Entwicklung der inneren Sicherheit nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eine immer weitere Verselbständigung staatlicher Aktivitäten. Neben einem erforderlichen Rechtsrahmen zur Abwehr schwerer, hier: terroristischer Straftaten, bestehe die Gefahr, dass der Staat über das Ziel hinausschieße, die „Gunst der Stunde“ nutze, in dem er vorgebe, seinen Bürgern absolute Sicherheit zu garantieren, tatsächlich aber bürgerliche Freiheiten beschneide.

Text: Dirk Weissleder, Vizepräsident der DGLI

Fotos: Sandro Schilder

#### Kontakt

Deutsche Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL  
und der liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa e.V.  
Reinhardtstr. 16  
10117 Berlin  
E-Mail: [info@dgli.de](mailto:info@dgli.de)  
Netz: [www.DGLI.de](http://www.DGLI.de)